

20.01.2023 – 17:00 Uhr

Regierung schafft weiteren Wohnraum im Asylbereich

Vaduz (ots) -

Die Regierung hat am Donnerstag, 19. Januar 2023 nach eingehender Variantenprüfung den Ausbau eines Gewerbeobjekts in Triesen beschlossen, das angesichts des Krieges in der Ukraine als Kollektivunterkunft für Geflüchtete genutzt werden wird. Eine Nutzung des Spoerry-Areals ist deshalb derzeit nicht notwendig. Gleichzeitig wurde das Konzept zur Schaffung einer allenfalls notwendigen Übergangslösung verabschiedet, bei dem die "Alte Turnhalle" in Triesen zur kurzfristigen Unterbringung genutzt werden könnte, bis der zusätzliche Wohnraum zur Verfügung steht.

Gewerbehalle statt Spoerry-Areal

In seiner Dezember-Session stimmte der Landtag einem Verpflichtungskredit zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum zur Unterbringung von Schutzbedürftigen mit grosser Mehrheit zu. Im Nachgang des Landtagsentscheids fanden abermals intensive und vertiefte Prüfungen verschiedener Standorte sowie möglicher Umsetzungsvarianten statt. Die Regierung beschloss am 19. Januar 2023 die Anmietung und den Ausbau einer geeigneten Gewerbehalle in Triesen zur Schaffung einer weiteren Kollektivunterkunft zur Unterbringung von Personen aus dem Asylbereich. Das Gebäude wird per 01. Februar 2023 durch das Land angemietet, damit die notwendigen Umbaumaassnahmen umgehend eingeleitet werden können. Es ist geplant, dass mindestens 70 Personen in der Unterkunft ein zu Hause finden. Der zusätzliche Wohnraum wird voraussichtlich im Mai 2023 bezugsbereit sein. Der Gemeinderat Triesen hat der befristeten Umnutzung am 20. Januar 2023 die Zustimmung erteilt. Durch die Anmietung der genannten Liegenschaft in Triesen und weiterer sich in Abklärung befindlicher Objekte ist derzeit keine Nutzung des Spoerry-Areals geplant. Die Regierung bedankt sich bei der Gemeinde Vaduz, dass sie das Spoerry-Areal dem Land bei Bedarf zur Verfügung gestellt hätten.

Notunterkunft "Alte Turnhalle in Triesen"

Je nach Zustrom von Geflüchteten kann es notwendig werden, diese in der Zwischenzeit für einige Wochen in Notunterkünften unterzubringen. Die Regierung hat auch dafür verschiedene Optionen geprüft. Für den Fall, dass der Wohnraum für die Beherbergung von Schutzsuchenden nicht mehr ausreichen sollte, soll die "Alte Turnhalle in Triesen" als Notunterkunft genutzt werden. So könnte im Bedarfsfall innert 14 Tagen eine Notunterkunft geschaffen werden, wo mehrere Dutzend Menschen kurzfristig untergebracht werden können, bis weiterer Wohnraum bezugsbereit ist. Die zweckgebundene Reservation der Alten Turnhalle in Triesen soll aber erst dann erfolgen, wenn die Notwendigkeit auch tatsächlich gegeben ist. Dazu wurde ein Schwellenwert definiert, bei dessen Erreichung die Vorbereitungsarbeiten innert 14 Tagen umgesetzt werden.

Der Gemeinderat von Triesen hat am 19. Dezember 2022 der vorübergehenden Umnutzung der Alten Turnhalle zur Unterbringung von Schutzsuchenden im Anlassfall einstimmig zugestimmt. Die Regierung nahm das Konzept zur Umnutzung der Alten Turnhalle am 17. Januar 2023 zur Kenntnis und bedankt sich an dieser Stelle bei der Gemeinde Triesen für die grosszügige und gleichzeitig pragmatische Zurverfügungstellung der Gemeindeinfrastruktur. Notunterkünfte eignen sich zur Unterbringung von Schutzsuchenden nur im Sinne einer Übergangslösung für wenige Wochen bzw. Monate.

Die Unterbringung der vielen Geflüchteten im Land stellt weiterhin eine grosse, gemeinsame Herausforderung dar. Im Jahr 2022 wurden durch das Ausländer- und Passamt (APA) insgesamt 584 Gesuche registriert, 507 davon wegen des Krieges in der Ukraine. Im neuen Jahr stellten bereits weiter 17 Menschen Gesuche um internationalen Schutz in Liechtenstein. Die Belegung der Unterbringungskapazitäten liegt momentan bei 81%.

Die Meldung von geeignetem Wohnraum durch die Bevölkerung ist nach wie vor willkommen. Meldungen könnten direkt an die zuständigen Stellen gemacht werden: per E-Mail an info.ahr@llv.li oder per Telefon unter der Nummer: +423 236 6990. Nach Meldungseingang wird überprüft, ob sich das Angebot eignet und es wird Kontakt mit den Anbietern aufgenommen.

Pressekontakt:

Ministerium für Inneres, Wirtschaft und Umwelt
Markus Biedermann, Generalsekretär
T +423 236 6009
markus.biedermann@regierung.li